

Niederschrift

über die 11. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **05.09.2023**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 vom 19.06.2023**
- 4. Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Friesland zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels
Vorlage: 107/2023**
- 5. Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengroden für das Jahr 2024
Vorlage: 106/2023**
- 6. Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung
Vorlage: 108/2023**
- 7. Änderung der Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem Wochenmarkt der Gemeinde Sande
Vorlage: 109/2023**
- 8. Zeitlicher Ablauf der Haushaltsberatung zum Haushalt 2024
Vorlage: 110/2023**
- 9. Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage**
- 10. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Isabel Bruns als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Reemt Borchers
Beigeordneter Nikolai Dumke
Ratsherr Torge Heinisch
Ratsherr Thomas Ney
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsfrau Anke Heitmann als Vertretung für Herrn Beigeordneten
Matthias Lührs

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberrat Klaus Oltmann
Gemeinderätin Nadine Stamer
Gemeindeamtsrat Christian Kroll
Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bruns, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 10 vom 19.06.2023**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Abschluss einer Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Friesland zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels**
Vorlage: 107/2023

Von der Verwaltung wurde erläutert, welche Nutzen das Vorhandensein eines Mietspiegels für die Eigentümer und Mieter bietet.

Eine rechtliche Verpflichtung zur Erstellung eines Mietspiegels bestünde für keine der kreisangehörigen Kommunen, da keine die rechtlich vorgegebene Mindestgröße von über 50.000 Einwohnern erreicht.

Sollte die Zweckvereinbarung geschlossen werden, wären die Kommunen zur Bereitstellung der erforderlichen Daten verpflichtet. Dafür wäre allerdings nur ein geringer personeller Aufwand seitens der Gemeindeverwaltung notwendig.

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Friesland wird durch Öffentlich-Rechtliche Vereinbarung ermächtigt, für die Gemeinde Sande einen bindenden Mietspiegel zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Festsetzung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengraden für das Jahr 2024**
Vorlage: 106/2023

Seitens der Verwaltung wurde die Kalkulation der Oberflächenentwässerungsgebühr für den Ortsteil Cäciliengraden erläutert.

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 4 der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung einer Gebühr für die Oberflächenentwässerung im Ortsteil Cäciliengraden vom 12.12.1974 wird

die Entwässerungsgebühr für die im Bereich der Siedlung Cäciliengroden belegenen Grundstücke für das Haushaltsjahr 2024 auf 0,03519 €/m² Grundstücksfläche festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. **Änderung der Satzung der Gemeinde Sande über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung**
Vorlage: 108/2023

Seitens der Verwaltung wurde die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2014 vorgestellt. Aufgrund der Kalkulation ergibt sich eine Gebühr von 0,0113 € je m² Grundstücksfläche. Im Jahr 2023 beträgt die Gebühr 0,0239 € je m² Grundstücksfläche.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die vorgelegte 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Straßenreinigung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Änderung der Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem Wochenmarkt der Gemeinde Sande**
Vorlage: 109/2023

Anhand einer Präsentation wurden von der Verwaltung die Entwicklung der Kosten und der Einnahmen seit 2020 für die Einrichtung Wochenmarkt dargestellt. Während die Kosten gestiegen sind, haben sich die Einnahmen rückläufig entwickelt.

Das ist dadurch begründet, dass sich die Anzahl der Marktbesucher im Laufe der Jahre verringert hat.

Ein Ausschussmitglied merkte an, dass die Kosten für die Verlegung des Wochenmarktes anlässlich des Sander Marktes eher bei der Kalkulation für den Sander Markt berücksichtigt werden sollten, da dieser ursächlich für die Entstehung der Kosten ist. Einig war man sich darüber, dass der Wochenmarkt, trotz der relativ hohen Verlegungskosten von zurzeit 739,63 €, auf jeden Fall stattfinden sollte. Der Wochenmarkt stelle einen Kommunikationsort für die Bürger dar, den viele, auch gerade ältere Menschen, zum Austausch nutzen. Dieser Mehrwert müsse auf jeden Fall erhalten werden, daher komme auch ein Ausfall des Wochenmarktes in der Verlegungswoche nicht in Frage.

Übereinstimmend wurde geäußert, dass die Standgebühren nur moderat erhöht werden sollten, auch wenn die anfallenden Kosten dadurch nicht vollkommen gedeckt werden.

Es wurde vorgeschlagen, den Preis je lfd. Frontmeter auf 2,00 € (vorher 1,50 €) und die Mindestgebühr auf 7,00 € (vorher 5,10 €) anzupassen.

Dem konnten die Ausschussmitglieder zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss stimmt einer Änderung der Satzung über die Erhebung von Standgebühren auf dem Wochenmarkt der Gemeinde Sande unter der Maßgabe einer und einer Umstellung des Gebührenerhebungsverfahrens zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Zeitlicher Ablauf der Haushaltsberatung zum Haushalt 2024
Vorlage: 110/2023

Von der Verwaltung wurden die Vorteile einer früheren Haushaltsberatung und auch einer daraus resultierenden Beschlussfassung erläutert.

Ein Ausschussmitglied erkundigte sich, ob der vorgeschlagene Zeitplan dann in Stein gemeißelt wäre oder man beispielsweise im Jahr der Kommunalwahl davon abweichen könne, damit der neue Rat genügend Zeit hätte, sich mit der Thematik auseinander zu setzen.

Daraufhin erklärte die Verwaltung, dass sich die Beschlussfassung zunächst auf 2024 bezieht und die Vorgehensweise bei Bedarf geändert werden könne.

Schlussendlich wurde vorgeschlagen, für das Jahr 2024 und auch für die darauffolgenden Jahre, ausgenommen die Jahre, in denen eine Kommunalwahl stattfindet, dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Zeitplan zu folgen.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Zeitplan für die Haushaltsplanung 2024 und den Folgejahren (ausgenommen die Jahre, in denen eine Kommunalwahl stattfindet) und einer daraus resultierenden Beschlussfassung der Haushaltssatzung im Januar 2024 zu

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Bericht zur haushaltswirtschaftlichen Lage

Ein Ausschussmitglied bemängelte, dass der Bericht über die Haushaltsbewirtschaftung erst zur Sitzung vorgelegt wurde. In Zukunft sollten die Berichte wieder mit der Einladung verschickt werden.

Anhand einer Präsentation wurde von der Verwaltung die Entwicklung des Haushaltes 2023 dargestellt. Die Präsentation und der Bericht über die Haushaltsbewirtschaftung sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Anhand der bisherigen Entwicklung wird im Ergebnishaushalt für das Jahr 2023 unter Abzug der durch Haushaltsreste resultierenden Ausgaben ein Fehlbetrag in Höhe von ca. 102.000 € zu erwarten sein.

Im Wesentlichen sind dafür die Mindereinnahmen bei den Einkommens- und Umsatzsteueranteilen sowie bei der Gewerbesteuer verantwortlich. Dies wird maßgeblich durch die Mehreinnahmen bei der Grundsteuer durch die Anhebung des Hebesatzes kompensiert. Der Plan-Soll-Vergleich aller Budgets ist dem Bericht zu entnehmen.

Auch im Finanzhaushalt wurde ein Plan-Soll-Vergleich durchgeführt. Die Auszahlungen für Investitionstätigkeiten fallen zum 31.08.2023 noch relativ niedrig aus, was unter Anderem den noch nicht erfolgten Umsetzungen der Investitionen geschuldet ist. Aus diesem Grund wurden in diesem Jahr noch keine Kredite aufgenommen. Für die Darlehensaufnahme steht unter Anderem noch die Kreditermächtigung aus dem Jahr 2022 zur Verfügung.

Die Barmittel und die Sichteinlagen bei Banken beliefen sich zum 31.08.2023 auf 3.011.596 €.

10. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin